



**Nach Klima-Bankrotterklärung von Kopenhagen: Notwendige
Schritte, um das Ruder noch herumzureissen**

Pressekonferenz

mit

Christiane **Brunner**, Umweltsprecherin der Grünen
Eva **Lichtenberger**, Europaabgeordnete der Grünen

Grüner Klub im Parlament, Löwelstraße 12, 1017 Wien

Wien, am 21. Dezember 2009, 10.30 Uhr

Das Scheitern von Kopenhagen ist eine Bankrotterklärung für den Klimaschutz

Der Weltklimagipfel in Kopenhagen ist am Samstag nach vierzehntägigen Beratungen und jahrelangen Vorverhandlungen ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen.

Das Plenum des Gipfels hatte eine von 25 führenden Staaten ausgehandelte Erklärung, die das vage Ziel, die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken beinhaltet, aber keine klaren Reduktionsziele für den Kohlendioxid-Ausstoß nennt, lediglich zur Kenntnis genommen. Sogar das langfristige globale Minderungsziel von 50% CO₂-Einsparung bis 2050, das bis jetzt noch relativ hohe Zustimmung gefunden hatte, war in letzter Minute aus dem Text gestrichen worden. Das Ergebnis von Kopenhagen ist daher ein schwerer Rückschlag.

Es gibt weder ein rechtlich verbindliches Abkommen noch eine politisch bindende Vereinbarung, wie es nach dem Auslaufen des Kyoto-Vertrages im Jahr 2012 mit dem globalen Klimaschutz weitergehen soll. Dies ist eine Bankrotterklärung der Staats- und Regierungschefs im Angesicht der größten Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Faymanns feige Klimapolitik

Formal gescheitert ist der Klimagipfel letztlich aufgrund von Uneinigkeiten zwischen den USA und China über die Verwaltung der Gelder für die Entwicklungsländer. Doch hauptverantwortlich für das Scheitern des Kopenhagener Gipfels war die Weigerung der Industriestaaten, ihre CO₂-Minderungsziele und die Finanzausgaben für Entwicklungsländer aufzustocken und einen konkreten Zeitplan für Klimaschutzmaßnahmen vorzulegen.

Die EU hat ihre weltweite Führungsrolle beim Klimaschutz in Kopenhagen aufgegeben. Statt weiter voranzuschreiten und eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 um 30% fix zuzusagen und damit dem Gipfel einen Impuls zu geben, ist die EU umgefallen, hat lediglich Minus 20% zugesagt und bei den Verhandlungen nur mehr eine Nebenrolle gespielt. Die EU ist uneinig und gespalten aufgetreten. Viel zu viel Zeit und Energie wurden in internen Streitereien verspielt. Österreich hat keine rühmliche Rolle gespielt. Entgegen dem von Landwirtschaftsminister Berlakovich ständig wiederholten Mantra stand nämlich Österreich nicht „völlig hinter der EU-Position“. Wie *Der Standard* im Vorfeld der Konferenz berichtete, war es in Wahrheit Österreichs akkordierte Regierungsposition, die EU-Klimaziele für Kopenhagen so weit als möglich nach unten zu regeln. Dass Bundeskanzler Faymann das Null-Ergebnis von Kopenhagen als einen „Schritt vorwärts“ bezeichnet hat offenbart die völlige Mutlosigkeit des Kanzlers beim Klimaschutz, der in Österreich Hand in Hand mit der ÖVP gegen Klimaschutzmaßnahmen auftritt und auf EU-Ebene als Klimabremser agiert.

Wie weiter?

Die Klimakonferenz von Kopenhagen hat gezeigt, dass die Staats- und Regierungschefs die tatsächliche Dramatik des Klimawandels nicht erkannt haben. Die Regierungschefs handelten so als hätten sie alle Zeit der Welt. Dabei sind sich Experten einig, dass die globalen CO₂-Emissionen schon ab 2015 sinken müssen, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten. Das Scheitern von Kopenhagen darf daher kein Grund sein, zu resignieren. Die Bemühungen um ein internationales Klimaabkommen müssen mit doppelter Kraft fortgesetzt werden.

Schlupflöcher, die reale Emissionsminderungen verhindern, schließen

Es geht jetzt darum, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, um glaubwürdig einen neuen Anlauf für ein verbindliches Abkommen unternehmen zu können. Was jetzt auf dem Tisch liegt reicht dafür bei weitem nicht aus. Aufgrund vieler Schlupflöcher liegen die derzeit angebotenen Reduktionsziele der einzelnen Staaten global aufsummiert zwischen 6

und 14%. Tatsächlich ist eine Reduktion der CO₂-Emissionen in den Industrienationen von 40% bis 2020 erforderlich, um eine Erwärmung der Atmosphäre um mehr als 2 Grad Celsius zu verhindern und damit den Klimawandel in einem für Menschen verträglichen Ausmaß zu halten. Das Geschacher mit Verschmutzungsrechten und das Freikaufen von Emissionsreduktionen durch fragwürdige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern muss aufhören.

Glaubwürdigen Klimaschutz „zu Hause“ umsetzen

Österreich muss seine Hausaufgaben im Klimaschutz machen, um international glaubwürdiger zu werden und sich innerhalb der EU für weitreichenden Klimaschutz einsetzen. Bis Anfang Februar müssen die Staaten an die UNO melden, um wie viel sie bereit sind, die Treibhausgasemissionen zu senken. Völlig inakzeptabel wäre es, wenn Österreich bei seinem (im Rahmen des EU-Klimapaketes bisher vereinbarten) Ziel bleibt, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16% gegenüber dem Jahr 2005 (!) zu reduzieren zu wollen. Das würde bedeuten, dass Österreich bis 2020 weit hinter das Kyotoziel (Minus 13% bis 2010 auf Basis 1990) zurückfallen würde: konkret müsste Österreich seine Klimaemissionen zwischen 1990 und 2020 gerade einmal um 3% reduzieren. Notwendig sind aber Minus 40%. Die EU muss mit mindestens jenen Minus 30% (bis 2020 gegenüber 1990) in Vorlage gehen, die im Vorfeld von Kopenhagen schon angeboten wurden; laut IPCC muss die EU ihr Reduktionsziel sogar auf Minus 40% erhöhen.

Die Grünen fordern daher von der Bundesregierung:

1. In Österreich:

Zielebene

- Festschreibung eines verbindlichen Ziels, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% unter den Stand von 1990 zu senken.
- Die in Ausarbeitung befindliche Energiestrategie der Bundesregierung muss auf dieses Ziel ausgerichtet sein und wird daher deutlich nachzubessern sein.
- 100% Klimaschutz „zu Hause“: Das „Freikaufen“ von Klimaschutzzielen durch Verschmutzungsrechte aus dem Ausland muss aufhören.

Drei Schlüsselmaßnahmen sofort umsetzen

- Einführung einer aufkommensneutralen CO₂-Steuer: Fossile Energieträger sollen stärker besteuert und gleichzeitig die Steuern auf den Faktor Arbeit im selben Umfang gesenkt werden.
- die Verabschiedung eines wirksamen Ökostromgesetzes nach deutschem Vorbild: Kein Finanzdeckel, faire Einspeisetarife und längere Förderlaufzeiten.
- die schnellstmögliche Umsetzung des seit Jahren angekündigten Klimaschutzgesetzes, mit verpflichtenden Reduktionspfaden, überprüfbaren Zwischenzielen und wirksamen Sanktionsmechanismen.

2. Auf EU-Ebene Einsatz für:

- Die EU muss mit dem verbindlichen Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 30% zu reduzieren, in die weiteren Verhandlungen gehen; notwendig wäre sogar eine Reduktion um 40%
- Die spanische Präsidentschaft (ab 1.1.2010) muss eine genaue Fehleranalyse vornehmen, wieso die EU bei den Verhandlungen in Kopenhagen eine dermaßen schwache Rolle gespielt hat und umgehend damit beginnen, den weiteren Verhandlungsprozess seitens der EU gut vorzubereiten. Europa muss die führende Rolle im Klimaschutz wieder zurückgewinnen.

Europäisches Referendum und Schlüsselfrage bei Kommissars-Hearings

Die Grünen wollen zudem durch eine europaweite Volksbefragung den Druck auf die Regierungen und die Kommission erhöhen. „Die Bevölkerung ist weiter als die Regierungen. Die europäischen BürgerInnen sehen die Notwendigkeiten und Chancen, den konsequenter Klimaschutz bedeutet“, ist Lichtenberger überzeugt. Auch bei den im Februar anstehenden Hearings der neuen EU-Kommissare im Europaparlament werden die Klimaverhandlungen eine Schlüsselrolle spielen, kündigt Lichtenberger an.

Weiterverhandeln Mitte des Jahres in Bonn

Nach den Schwierigkeiten der Verhandlungen in Kopenhagen ist auch klar, dass nicht auf die nächste Konferenz gewartet werden kann. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren! Mit jedem Tag ohne Klimaschutz wird die Zahl der Klimaopfer größer. Es muss sofort weiter verhandelt werden, um schon bei der nächsten Klimakonferenz in Bonn das dringend notwendige rechtlich verbindliche Abkommen zu erreichen. Das ist das Wenigste was die Staats- und Regierungschefs aus Kopenhagen gelernt haben sollten!